

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Frau Blume-Brake	Leiterin FB Haupt- und Personalverwaltung	
Frau Friedländer-Schmidt	Leiterin FB Bürgerservice	TOP 2.1.
Frau Friedel	SB Liegenschaften	TOP 3.1.
Herr Giller	Justiziar	TOP 4.1.
Frau Hein	Leiterin FB Finanzverwaltung	Ablauf Ausschuss, öffentl. Teil
Herr Scheibner	Amtsleiter RPA	gesamte Sitzung
Herr Schneider	SB Personalverwaltung	Ablauf Ausschuss, öffentl. Teil
Herr Dr. Schreiter	Leiter FG Brandschutz	TOP 4.3.
Frau Wolf	Bürgermeisterin GB II	TOP 4.3.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Golle, Orstwehrleiter FFW Neundorf	TOP 4.3.
Herr Stolz, stellv. Ortswehrleiter FFW Neundorf	TOP 4.3.
Herr Uhlig, Freie Presse	Berichterstattung, öffentl. Teil

Tagesordnung: öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.05.2023
 - 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.06.2023
 - 1.4. Beantwortung von Anfragen
 - 1.5. Informationen des Oberbürgermeisters
- 2. Information**
 - 2.1. Auswertung Mängelmelder II. Quartal 2023, **Drucksachenummer: 0887/2023**
- 3. Beschlussfassung**
 - 3.1. Grundstücksverkehr – Verkauf (Flurstück 2525/18, Gemarkung Plauen)
Drucksachenummer: 0901/2023
- 4. Vorberatung**
 - 4.1. 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung, **Drucksachenummer: 0900/2023**
 - 4.2. Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Gasversorgung in Südsachsen", **Drucksachenummer: 0881/2023**
 - 4.3. Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf
Drucksachenummer: 0894/2023
 - 4.4. Einrichtung von zwei Planstellen "Sozialpädagogische Fachkräfte" im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, **Drucksachenummer: 0875/2023**
 - 4.5. Entfristung einer Planstelle im Geschäftsbereich Oberbürgermeister, Kulturreferat
Drucksachenummer: 0876/2023
5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 36. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Zenner durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet. Gemäß § 39 SächsGemO weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Verwaltungsausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, und Stadtrat Thomas Fiedler SGI-Fraktion, bestimmt.

1.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung für die 36. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.05.2023

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 34. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 24.05.2023 fest.

Hinweis: Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion wurde unter TOP 3.2., Seite 5, fälschlicherweise als CDU-Stadtrat bezeichnet.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 21.06.2023

Oberbürgermeister Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 35. Sitzung des Verwaltungsausschusses fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen vorhanden.

1.5. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass die diesjährige „Plauener Wiesn“ eine gelungene Veranstaltung war. Er bedankt sich bei den Verantwortlichen und Mitwirkenden.

2. Information

2.1. Auswertung Mängelmelder II. Quartal 2023, Drucksachenummer: 0887/2023

Frau Friedländer-Schmidt, Leiterin Fachbereich Bürgerservice, stellte die aktuellen Meldungen im Mängelmelder im Rahmen einer Präsentation vor. Diese ist im Gremieninfoportal hinterlegt. Sie erläutert die Problematik zu den vermüllten Containerstandplätzen und teilt mit, dass größere Weißglascontainer aufgestellt werden sollen.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass dafür die entsprechenden verkehrsrechtlichen Anordnungen erteilt werden müssen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, fragt an, ob es tatsächlich nur ein Graffiti im Stadtgebiet im zweiten Quartal 2023 gab und was die Kennzeichnung „erledigt“ bedeutet.

Frau Friedländer-Schmidt antwortet, dass nur ein Graffiti gemeldet wurde und Herr Zabel die Beseitigung veranlasst hat.

Oberbürgermeister Zenner mahnt zur Eigenverantwortung der Bürger.

3. Beschlussfassung
3.1. Grundstücksverkehr – Verkauf (Flurstück 2525/18, Gemarkung Plauen)
Drucksachenummer: 0901/2023

Frau Friedel, SB Grundstücksverkehr, führt kurz zur Vorlage aus.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass das Grundstück zum Bodenrichtwert veräußert wird. Er sieht keine weiteren Wortmeldungen und stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschluss der Vorlage ***Drucksachenummer: 0901/2023*** zu.

Beschluss:

Der Verwaltungsausschuss der Stadt Plauen genehmigt den Verkauf des Flurstückes 2525/18 Gemarkung Plauen (Leuchtmühlenweg), Größe 1419 m², an Herrn Markus Schubert, Am Possigweg 4, 08527 Plauen zum Preis von 38.313,00 EUR (27,00 EUR/m²), sowie die eventuelle Belastung des Kaufgegenstandes mit Grundpfandrechten vor Eigentumsübergang bis zur Höhe der Gesamtinvestitionssumme (Belastungsvollmacht)

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

4. Vorberatung
4.1. 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung,
Drucksachenummer: 0900/2023

Oberbürgermeister Zenner erläutert, dass aus wirtschaftlichen und organisatorischen Gründen die Themen des Wirtschaftsförderungsausschusses aufgeteilt werden und dieser entfällt. Weiterhin soll der Bildungs- und Sozialausschuss nur noch aller zwei Monate stattfinden. Sonder-sitzungen sind jederzeit möglich.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, lehnt die geplante Änderung der Hauptsatzung ab. Er schlägt vor, dass der Bildungs- und Sozialausschuss weiterhin bestehen bleibt und bei einem Mangel an Themen/Entscheidungen dieser entfallen kann. Seiner Meinung nach, sollte das Thema Wirtschaftsförderung so viel wert sein, dass es in einem eigenen Ausschuss behandelt wird. Er merkt an, dass die FDP die Veränderung der Organisationsstruktur nicht zu verantworten hat.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass hier Planungssicherheit gewährleistet werden soll.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, spricht sich für die Vorlage aus. Er stellt einen ***Änderungsantrag***, wonach der Verwaltungsausschuss in Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss umbenannt und auf elf Stadträte mit je zwei Stellvertretern erweitert werden soll. Zum Bildungs- und Sozialausschuss will sich seine Fraktion erst noch eine Meinung bilden.

Oberbürgermeister Zenner nimmt den schriftlichen Änderungsantrag entgegen und fragt nach, ob auch die sachkundigen Einwohner erhöht werden sollen.

Stadtrat Schmidt antwortet, dass nur die Stadträte aufgestockt werden sollen.

Herr Uwe Geisler, sachkundiger Einwohner FDP-Fraktion, gibt zu bedenken, dass bei Zusammenlegung von Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss sich das Aufgaben- und Zeitvolumen erhöht. Er spricht sich ebenfalls für einen eigenständigen Ausschuss aus.

Oberbürgermeister Zenner kann die Äußerungen von Herrn Geisler nachvollziehen, sieht sie aber teilweise kritisch.

Stadtrat Gerbeth ergänzt, dass bei Zusammenlegung alle Fraktionen mit entsprechender Stärke vertreten sein sollten. Dies hält er für nicht praktikabel.

Oberbürgermeister Zenner sieht keine weiteren Wortmeldungen und stellt den folgenden **Änderungsantrag der CDU-Fraktion** zur Abstimmung:

Beschlussvorschlag Änderungsantrag:

§ 5 Bildung von beschließenden Ausschüssen

Als beschließende Ausschüsse werden gebildet:

1. Der Wirtschafts- und Verwaltungsausschuss mit elf Stadträten und je zwei Stellvertretern

Abstimmungsergebnis dieses Änderungsantrages: vier Ja-Stimmen, vier Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen folgendem Beschlussvorschlag der **Drucksachenummer: 0900/2023** zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die anliegende 13. Änderungssatzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme, eine Stimmenthaltung

4.2. Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes "Gasversorgung in Südsachsen", *Drucksachenummer: 0881/2023*

Oberbürgermeister Zenner führt kurz zur Vorlage aus.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlage **Drucksachenummer 0881/2023** zu.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt Frau Peggy Hein, Fachbedienstete für das Finanzwesen, als Vertreterin der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“.
2. Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt Herrn Andreas Nickel, Fachgebietsleiter Gesamthaushalt, als Stellvertreter von Frau Hein zur Vertretung der Stadt Plauen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Gasversorgung in Südsachsen“.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, keine Stimmenthaltungen

4.3. Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf, Drucksachenummer: 0894/2023

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass das Thema Feuerwehr und Brandschutzbedarfsplan von Frau Bürgermeisterin Wolf auf ihren eigenen Wunsch hin intensiv betreut wird. Er weist darauf hin, dass keine Freiwillige Feuerwehr zur Sitzung eingeladen wurde, da die Einladungen an die Ortsvorsteher versandt werden und im Gremieninfoportal öffentlich zugänglich sind. Des Weiteren informiert er, dass bereits im Vorfeld Gespräche mit den betreffenden Wehren geführt wurden.

Bürgermeisterin Kerstin Wolf, Geschäftsbereich II, macht Ausführungen zur Historie des Brandschutzbedarfsplans und verweist auf den dazugehörigen Stadtratsbeschluss. Folgende Maßnahmen wurden bisher umgesetzt bzw. befinden sich in Planung:

- Erhöhung Sollstärke der Berufsfeuerwehr (u. a. Ausstieg aus dem Rettungsdienst)
- Anpassung der Alarm –und Ausrückeordnung
- Internes Monitoring (Beauftragung Ingenieurbüro, Einführung Software)
- Vorbereitung der Standortentwicklung
 - > Förderbescheid für 2. Drehleiter (Ausschreibung zur Beschaffung in Vorbereitung)
 - > Erweiterung des Gerätehauses in Großfriesen (Container)
 - > Planung Bau Feuerwehr Gerätehaus FFW Stadtmitte (Beantragung Fördermittel)
 - > Planung Bau Feuerwehr Gerätehaus für die FFW Neundorf und Straßberg

Sie teilt mit, dass ein Gutachten von der Unfallkasse für die Gerätehäuser der FFW Neundorf und Straßberg in Auftrag gegeben wurden. Neundorf erhielt mangelhaft und Straßberg ungenügend. Sie gibt an, dass die bautechnische Ertüchtigung des Gerätehauses in Straßberg nicht möglich ist. Aus diesem Grund wurden die Zusammenlegung und ein vierzügiger Neubau geprüft. Alternativ könnte in Straßberg ein einzüziges Gerätehaus und in Neundorf ein dreizügiges Gerätehaus gebaut werden. Sie nennt die Kosten und Fördermöglichkeiten beider Varianten sowie für den Bau des Gerätehauses FFW Stadtmitte. Sie gibt an, dass es für die Zusammenlegung von Wehren zusätzlich 15 % Förderung vom Landkreis gibt. Sie teilt mit, dass für die Entscheidungsfindung der Brandschutz und die Erreichung des Schutzzieles im Vordergrund stehen. Sie erklärt, dass in Straßberg weiterhin das Gerätehaus für die Jugendfeuerwehr und die Traditionspflege genutzt werden soll.

Oberbürgermeister Zenner möchte Informationen zu den Einsatzfrequenzen und wissen, ob die Zusammenlegung mit den Wehren besprochen wurde.

Dr. Schreiter, Leiter FG Brandschutz, erläutert die Einsatzfrequenzen mit Hilfe der Analyse, welche auf Grund der CDU-Anfrage erstellt wurde. Er teilt mit, dass 90 % der Einsätze durch die drei großen Wehren Stadtmitte, Großfriesen, Neundorf abgedeckt werden. Die kleineren Wehren jedoch für größere Schadensereignisse benötigt werden. Er führt aus, dass mehrere Gespräche geführt wurden, beispielsweise am 08.11.2022 im Beisein von den Ortsvorstehern. Zudem wurde die Thematik in den Ortschaftsratsitzungen in Neundorf und Straßberg besprochen. Das Bauvorhaben wurde letzte Woche entsprechend den Beteiligten vorgestellt. Er merkt an, dass die Kameraden aus Straßberg zu diesem Termin nicht erschienen sind.

Oberbürgermeister Zenner versichert, dass mit allen Beteiligten offen kommuniziert wird. Er informiert über einen Ortstermin in Straßberg vor 14 Tagen.

Stadtrat Thomas Fiedler, SGI-Fraktion, spricht sich für die Zusammenlegung der Freiwilligen Feuerwehren Neundorf und Straßberg aus und erläutert folgende Gründe dafür:

- unterschiedlich Einteilung (Primär/Sekundäreinheit)
- unterschiedliche Einsatzbereitschaft
- unterschiedlich qualifizierte Kameraden
- attraktive Fördermittelsituation

Er teilt mit, dass es wichtig ist, die Jugendfeuerwehr und die Brauchtumpflege am Standort Straßberg zu belassen. Es müssen die Wünsche beider Wehren ernst genommen werden.

Stadtrat Gerald Schumann, AfD-Fraktion, sieht es als zwingend erforderlich an, die beiden Wehren aus wirtschaftlichen und fördertechnischen Gründen zusammenzulegen. Ihm ist es auch wichtig, den Standort in Straßberg mit vorgenannter Nutzung zu erhalten. Er schlägt vor, dass der Wehrleiter von Straßberg zur Sitzung eingeladen wird und Gründe gegen die Zusammenlegung vorbringen kann.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass sich der Wehrleiter von Straßberg in einer schwierigen Situation befindet.

Frau Wolf, Bürgermeisterin GB II, teilt mit, dass drei Gespräche in Straßberg geführt wurden. Es wurden keine fachlichen Argumente für den Erhalt der Wehr in Straßberg vorgebracht.

Oberbürgermeister Zenner schlägt vor, die Ortswehrleiter von Neundorf und Straßberg zur Stadtratssitzung einzuladen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender CDU-Fraktion, hält die Zusammenlegung für sachlich und fachlich gut begründet. Er merkt an, dass in der Vergangenheit Versäumnisse gemacht wurden. Er informiert über das emotionale Telefonat mit dem Ortswehrleiter von Straßberg. Er hat Bedenken, dass bei Zusammenlegung vorhandene Strukturen wegbrechen und Kameraden austreten werden. Aus diesem Grund kann er kein abschließendes Votum abgeben. Bezüglich der Nutzung des Gerätehauses in Straßberg fehlen ihm dazu in der Vorlage nähere Erläuterungen. Ebenfalls sollten Fördermöglichkeiten und Kosten dazu dargestellt werden. Es muss ein klares Signal nach Straßberg gesendet werden.

Oberbürgermeister Zenner stellt klar, dass es keine leichte Entscheidung ist, die Wehren zusammen zu legen. Er sichert zu, dass die Hinweise von Stadtrat Schmidt aufgenommen werden. Auf Grund der Wertschätzung der Kameraden in Straßberg ist vorgesehen, dass beim Namen für die neue Wehr, Straßberg am Anfang steht.

Stadtrat Gerbeth, Vorsitzender FDP-Fraktion, meint, dass die Vorbereitung dieser Vorlage taktisch unklug war. Er hätte sich gewünscht, dass im Ältestenrat darüber im Vorfeld informiert wird. Seiner Meinung nach, kann sich die Stadt nicht leisten, Kameraden zu verlieren und befürchtet, dass die Zahl der Nicht- oder Protestwähler im nächsten Jahr steigt. Er merkt an, dass die Nachnutzung des Gerätehauses ebenfalls Kosten verursacht. Er fragt den Oberbürgermeister, mit wem in Straßberg gesprochen wurde und was Inhalt des Gespräches war.

Frau Wolf, Bürgermeisterin GB II, teilt mit, dass die Vorlage nicht überraschend kam und seit zwei Jahren die Problematik bekannt ist. Bereits im Beschluss zum Brandschutzbedarfsplan wurden diese organisatorischen Maßnahmen genannt. Sie erklärt, dass die Beauftragung eines Gutachtens der Unfallkasse positive Auswirkungen für die Nutzung des Gerätehauses haben sollte. Jedoch wurde das Urteil schlimmer und es droht eine Schließung durch die Unfallkasse Sachsen des Gerätehauses. Sie gibt an, dass im Herbst die Fördermittel beantragt werden sollen. Sie merkt an, dass das gemeinsame Ziel die Brandbekämpfung ist und dies sollte im Vordergrund stehen. Sie stellt klar, dass Eigenständigkeit der FFW Straßberg der Bau des Feuerwehrgeräteshauses in Straßberg bedeutet.

Oberbürgermeister Zenner informiert, dass zwischen ihm und dem Ortswehrleiter von Straßberg ein Vier-Augen-Gespräch stattfand. Er hat darum gebeten, dass die Kameraden sich dem Vorschlag anschließen. Es wurde geäußert, dass nur ein Teil der Kameraden mit nach Neundorf gehen will.

Stadt Stefan Golle, CDU-Fraktion, fragt an, ob ein Neubau in Straßberg realisierbar ist, wenn die Mittel nicht vorhanden sind oder ob dadurch der Neubau des Gerätehauses für die FFW Stadtmitte in Frage steht. Des Weiteren möchte er wissen, ob der Stadt ein Schaden entstehen

kann, wenn der Zusammenlegung nicht zugestimmt wird.

Frau Wolf erläutert, dass die Erhöhung der Eigenanteile beispielsweise für den Bau eines Gerätehauses in Straßberg dazu führt, dass woanders Mittel eingespart werden müssen.

Dr. Schreiter, Leiter FG Brandschutz, teilt mit, dass bei Unfällen mit Personenschaden im Gerätehaus Straßberg es zu Ermittlungen kommen wird und in diesem Zusammenhang ist bei fahrlässigem Handeln die Stadt in der Haftung.

Oberbürgermeister Zenner merkt an, dass sich die Einnahmensituation der Kommune in den nächsten Jahren verschlechtert.

Stadtrat Schumann fragt an, ob dieser Beschluss zwingende Voraussetzung für die Beantragung der Fördermittel ist.

Dr. Schreiter antwortet, dass eine 15-prozentige Förderung für den Zusammenschluss von Ortswehren zur Verfügung gestellt wird. Nach seinem Kenntnisstand muss die Zusammenlegung bei Bezug des Objektes vollzogen sein. Er gibt an, dass es förderschädlich ist, wenn jetzt kein Beschluss gefasst, gebaut und danach festgestellt wird, dass keine Zusammenlegung erfolgt. Ungeachtet dessen ist die Stadt auf Grund der Mängel zum Handeln in Straßberg verpflichtet.

Stadtrat Schmidt gibt an, dass im Stadtbau- und Umweltausschuss mitgeteilt wurde, dass die Fördermittel bis 30.11.2023 beantragt werden müssen und somit der Entscheidungsdruck nicht so hoch wäre. Er fragt, ob für die geplanten vier Standplätze die nötige Technik vorhanden ist.

Dr. Schreiter erläutert, dass drei bereits vorhandene Fahrzeuge sowie die neue zweite Drehleiter am neuen Standort untergebracht werden. Dies hat keine Auswirkungen auf die Fahrzeuge der FFW Stadtmitte. Er teilt mit, dass die Förderrichtlinie des Landkreises vorsieht, dass bis 15.10.2023 die Anträge einzureichen sind.

Oberbürgermeister Zenner fasst zusammen, dass somit eine Behandlung in einer späteren Stadtratssitzung nicht möglich ist.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlage **Drucksachenummer: 0894/2023** zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Schaffung einer neuen Ortsfeuerwehr Straßberg-Neundorf am Standort Friedrich-Krause-Weg/Rittergut in Neundorf aus den Ortsfeuerwehren Straßberg und Neundorf unter Beibehaltung des bisherigen Standortes in Straßberg für Zwecke der Jugendfeuerwehrarbeit und Traditionspflege.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimmen, zwei Stimmenthaltungen

4.4. Einrichtung von zwei Planstellen "Sozialpädagogische Fachkräfte" im Geschäftsbereich I, Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport, Drucksachenummer: 0875/2023

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, führt zur Vorlage aus. Sie merkt an, dass die derzeitige Ausschreibung auf Grund einer Wiederbesetzung erfolgen musste und nicht diesem Beschluss vorgegriffen werden sollte.

Herr Wolfgang Schmidt, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, fragt, ob die Planstellen und die Arbeitsverträge entsprechend dem Förderzeitraum befristet werden.

Frau Blume-Brake stimmt dem zu und ergänzt, dass die Arbeitsverträge auf 30 Stunden begrenzt sind.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Vorlage **Drucksachenummer 0875/2023** zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Einrichtung zwei weiterer Planstellen „Sozialpädagogische Fachkräfte“ im Fachbereich Jugend, Soziales, Schulen, Sport.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, keine Stimmenthaltungen

**4.5. Entfristung einer Planstelle im Geschäftsbereich Oberbürgermeister, Kulturreferat
Drucksachenummer: 0876/2023**

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, teilt mit, dass die Stelle im Rahmen einer Organisationsuntersuchung überprüft wurde und die Fülle der Aufgaben eine Entfristung notwendig machen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, sieht den Stellenaufwuchs kritisch. Er fragt bezüglich der Aufgabenverteilung laut Vorlage an, ob beispielsweise die Belegung der Innenstadt nicht durch die Citymanagerin übernommen werden kann. Des Weiteren sehe er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Schnittmengen beim entsprechenden Amt. Er möchte wissen, ob Einsparpotenzial dahingehend geprüft wurde.

Frau Blume-Brake antwortet, dass die Arbeitsverteilung geprüft wurde und es in anderen Fachgebieten keine Kapazitäten dahingehend gibt.

Oberbürgermeister Zenner teilt mit, dass im Kulturreferat viel praktische Arbeit geleistet wird.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik, CDU-Fraktion, spricht sich wegen der kulturellen Belegung der Stadt nach Corona für die Entfristung der Stelle aus.

Stadträtin Claudia Hänsel, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE., möchten wissen, ob eine Aufgabenverteilung innerhalb des Kulturreferats möglich ist und ob sich dann gegebenenfalls etwas an der Eingruppierung ändert.

Frau Blume-Brake antwortet, dass Änderungen möglich sind und dass sie Angaben zur Eingruppierung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung ergänzt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der **Drucksachenummer 0876/2023** zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Entfristung der Planstelle „Mitarbeiter/in Kulturreferat“ im Geschäftsbereich Oberbürgermeister zum 31.12.2023 und damit die dauerhafte Einrichtung dieser Stelle.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimme, eine Stimmenthaltung

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Stadträtin Claudia Hänsel möchte wissen, ob die ausgeschriebenen Stellen im Gemeindlichen Vollzugsdienst besetzt sind. Des Weiteren fragt sie aus welchem Grund bei einer Stellenausschreibung im Kulturbetrieb eine Promotion gefordert wird. Sie sieht dies kritisch.

Frau Blume-Brake, Leiterin Fachbereich Haupt- und Personalverwaltung, antwortet, dass die Bewerbungsfrist am 30.08.2023 endete und 30 Bewerbungen aus unterschiedlichen Kulturen eingegangen sind. Darunter sind sechs Bewerberinnen. Sie informiert, dass für Ende September/Anfang Oktober der Sporttest geplant ist. Im Anschluss sollen dann die Bewerbungsgespräche folgen. Bezüglich der Stellenausschreibung im Kulturbetrieb gibt sie an, dass dies ein Teil der Aufgaben erforderlich macht.

Oberbürgermeister Zenner ergänzt, dass er gerne einen Muttersprachler einsetzen möchte, um Integration vorzuleben.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik, CDU-Fraktion, möchte wissen, um welche Stelle es sich dabei im Kulturbetrieb handelt.

Frau Blume-Brake antwortet, dass es sich um den wissenschaftlichen Mitarbeiter im Weisbachschen Haus handelt.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik fragt nach, ob es für die Stelle des wissenschaftlichen Mitarbeiters im Weisbachschen Haus eine Förderung durch den Kulturraum gibt.

Frau Blume-Brake sichert eine schriftliche Antwort zu.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Stadtrat

Plauen, den 12.09.2023

Plauen, den

Kristin Martin
Schriftführerin

Thomas Fiedler
Stadtrat